

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 M.
Bergungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 50 Pf.
Veranstaltungsanzeigen 30 Pf.

Friedensbemühungen.

Das vierte Kriegsjahr hat begonnen, und es hat mit wertschärften Kämpfen auf den wichtigsten Kriegsschauplätzen eingeseht. Die Hoffnung auf das Nahen des Friedens ist erneut in den Hintergrund gedrängt. Alle Völker ohne Ausnahme sehnen sich nach dem Frieden, aber immer neue Hindernisse stellen sich seinem Nahen entgegen. Mit starker Anteilnahme hat man überall die opferwillige Tätigkeit des holländisch-kanadischen Komitees betrachtet, das sich redliche Mühe gegeben hat, eine internationale Sozialistenkonferenz in Stockholm zustande zu bringen. Auch die ärgsten Feinde des Sozialismus erblickten in einer Zusammenkunft der Vertreter der sozialistischen Arbeiter aller Länder die Keimzelle für den werden Frieden. Nicht daß man erwartete, daß Stockholm unmittelbar den Frieden bringen würde. Es bedarf keines starken Nachdenkens, um zu erkennen, daß die Verhandlungen, die zum wirklichen Abbruch des Krieges führen, unmittelbar zwischen den Vertretern der am Kriege beteiligten Regierungen geführt werden müssen. Aber die Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft in den Kulturländern ist so groß, daß selbst die erbittertsten Feinde des Sozialismus anerkennen müssen, daß eine Bewegung, die von dem gemeinsamen Willen der Arbeiterschaft aller Länder getragen wird, unübersteigbar ist, und daß eine Kundgebung der Beauftragten des internationalen Proletariats, wie sie in Stockholm geplant war, den Friedenswillen auch bei den Regierungen zum Durchbruch bringen müßte, die ihm jetzt noch schroff ablehnend gegenüberstehen.

Der Termin für die Stockholmer Konferenz hat wiederholt vertagt werden müssen, weil es Schwierigkeiten machte, die Zustimmung der Sozialisten in den Ententeländern, besonders in Frankreich und in England, zur Teilnahme an der Konferenz zu erlangen. Schließlich wurde der 9. September als der Tag der Eröffnung bestimmt, und die Franzosen und die Engländer haben sich, nicht ohne vorausgegangene innere Auseinandersetzungen und mit einigen Vorbehalten, zur Teilnahme an der Stockholmer Konferenz bereit erklärt. Die Möglichkeit, daß französische und englische Sozialisten nach Stockholm gehen, erachteten die kriegslustigen Regierungen dieser Länder als eine so große Gefahr für ihre Pläne, daß sie ebenso wie die amerikanischen und die italienische Regierung ihren Landesangehörigen die Pässe verweigerten. Damit haben die Ententeregierungen wider Willen eine tiefe Verbeugung vor der Werbebräuterei der sozialistischen Friedensidee gemacht. Sie wissen, daß die sozialistischen Argumente für den schnellen Friedensschluß so stark sind, daß schon ihr bloßes Anhören durch die Ententesozialisten den Kriegsgeheimern als eine schreckliche Gefahr für die Fortführung ihrer Pläne erscheint.

Durch die Verweigerung der Pässe ist das Zustandekommen der Stockholmer Konferenz zweifelhaft geworden. Sie ist zwar nicht abgesagt, und das holländisch-kanadische Komitee setzt seine Arbeiten unverdrossen fort, aber wie sich das Schicksal der Konferenz gestalten wird, läßt sich nicht voraussagen. Ihr eigentlicher Zweck wäre verfehlt, wenn die Sozialisten aus den Ententeländern nicht daran teilnehmen können.

Während die Stockholmer Konferenz durch die Passverweigerung in Frage gestellt wird und Franzosen und Engländer in neuen, furchtbaren Anstürmen versuchen, das Kriegsglück zu ihren Gunsten zu wenden, ist der Welt eine neue Friedenshoffnung verkündet worden. Der Papst hat sich um die Mitte August mit einer ersten Mahnung, den schrecklichen Krieg zu beenden, an die Oberhäupter der kriegsführenden Länder gewandt. Eine offizielle Stellungnahme zu dieser Friedensmahnung ist noch von keiner Seite erfolgt. Es ist nicht schwer vorauszu sehen, daß die Mittelmächte diesen Versuch, den Frieden zu vermitteln, annehmen werden. Sie haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, einen für beide Teile ehrenvollen Frieden zu schließen. Anders liegen die Dinge auf der Seite der Entente. Man erinnert sich, daß sie das allerdings wohl kaum ehrlich gemeinte Friedensangebot des Präsidenten Wilson mit einer Darlegung ihrer Eroberungspläne beantwortet hat. Wenn man auch wünschen möchte, daß die feindlichen Mächte ihre Stellung geändert hätten, so liegt doch die Vermutung sehr nahe, daß sie in ähnlicher Weise dem Versuch des Papstes, der Welt den Frieden zu bringen, ausweichen werden.

In den Kundgebungen der feindlichen Mächte ist viel die Rede von der Herstellung des verletzten Rechtes, von dem Schutz der kleinen Nationen und von ähnlichen schönen Dingen. Es gibt aber in der ganzen Welt wohl kaum noch einen Menschen, der so naiv ist, solche Fiktionen ernst zu nehmen. Die wahre Kriegsursache ist der Imperialismus, die Ländergier, das Verlangen nach neuen Absatzgebieten für die heimische Produktion, wovon alle Mächte erjagt waren. Diese Sucht hat unnatürliche Bündnisse zusammengedrückt, sie war die Triebfeder der seit Jahren zielbewußt geführten Einverleibungspolitik, die von der englischen Regierung mit weitem Blick geführt wurde. Die wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands weckte

Englands Besorgnis um die Erhaltung seiner weltbeherrschenden Stellung. Deshalb das englische Streben, Deutschland zu erdrücken, seine blühende Industrie zu vernichten, um sich dadurch eines gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu entledigen. Die englische Regierung hat dieses Ziel noch nicht aufgegeben. Sie zwingt die nach Frieden lechzenden Völker der Ententeländer, die sie tatsächlich beherrscht, zu immer neuen Kraftanstrengungen. Dem englischen Einfluß ist es zuzuschreiben, daß sogar das revolutionäre Rußland, das den Frieden am dringendsten bedürfte, um die Errungenschaften der Revolution sicherzustellen, sich zu neuen kriegerischen Taten aufgerafft hat. Militärisch ist die letzte Offensive den Russen sehr schlecht bekommen, und innerpolitisch ist das neue Regime durch das verunglückte Experiment ernstlich geschwächt worden.

Wäre es den Feinden nur um eine billige Verständigung zu tun, dann hätte der Friede längst hergestellt werden können, aber sie wollen Deutschland demütigen und es wirtschaftlich erdrücken. Die Mittelmächte sollen zerstört werden, und die feindlichen Mächte sollen den Krieg fort, um sich die Beute zu sichern, die ihnen nach dem neuen Weltverteilungsplan zufallen soll. Immer neue Mächte werden durch die Entente gezwungen, Deutschland den Krieg zu erklären; so neuerdings China, Siam und Liberia. Der deutsche Reichslanzler hat kürzlich erklärt, daß Frankreich nicht nur auf Elsaß-Lothringen reflektiert, der Präsident der französischen Republik hat sich noch kurz vor dem Sturz des Jaren von diesem versprechen lassen, daß Frankreich außer Elsaß-Lothringen auch das Saarbecken und sonstiges linksrheinisches Gebiet nach Gutdünken erhalten soll. Das neue Rußland hat wohl auf die zaristischen Eroberungsziele, die sich besonders auf Konstantinopel erstreckten, verzichtet, aber die Verträge, welche die Aufteilung der Türkei zwischen England, Frankreich und Italien sowie die Zerstückelung Österreich-Ungarns zum Gegenstand haben, bestehen noch, und um diese Beute zu sichern, wird der Krieg von unsern Feinden fortgesetzt.

Es wäre töricht, leugnen zu wollen, daß auch bei uns die Anneziopolitiker eine überlauter Propaganda betreiben. Der Unterschied besteht aber darin, daß in den feindlichen Ländern die Politik der Regierungen von den Anneziionsplänen bestimmt wird, während in Deutschland der Reichstag am 19. Juli mit übergroßer Mehrheit eine Resolution angenommen hat, in der es heißt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ Und dieser Resolution hat auch die deutsche Regierung zugestimmt.

Dem Vernichtungswillen der feindlichen Mächte ist es zu danken, daß wir trotz aller Friedenssehnsucht den Krieg fortsetzen müssen. Auch der hartnäckigste Zweifler muß jetzt zugeben, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führt. Eine Niederlage in diesem Kriege wäre von den schwerwiegendsten Folgen begleitet, und die breiten Massen, die Arbeiter, würden am schwersten unter der Niederlage zu leiden haben. Wenn wir bemüht sind, dieses Unheil von unserm Volke abzuwehren, so ist das keineswegs gleichbedeutend mit einer Billigung der Zustände, wie sie sich während des Krieges im Lande entwickelt haben. Die Unterdrückung des freien Wortes durch Zensur und Belagerungszustand ist unerträglich; unerträglich ist der Hunger, der die Lebensmittelnot der Massen zu ungerichtfertigster Bereicherung ausnützt. Das gleiche Verdamnungsurteil trifft auch jene Bankräuber, die die Notlage des Reiches ausnützen, um bei der Lieferung von Kriegsmaterial unerhörte Profite einzuharsten zum Schaden des steuerzahlenden Volkes. In den Zuständen im Innern haben wir gar viel auszuweichen, aber die Besserung dieser Zustände muß das eigene Werk des deutschen Volkes sein. Von einem fremden Eroberer dürfen wir die Befreiung aus inneren Nöten nicht erwarten. Wenn wir das herrschende Elend nicht verewigen und noch verschlimmern wollen, dann muß dem Eroberungs- und Unterdrückungswillen der Feinde der stärkste Widerstand entgegengesetzt werden.

Trotz unseres schlußfertigen Verlangens nach Frieden nimmt der grausame Krieg seinen Fortgang. Immer höher werden die Berge von Leichen, immer weiter schreitet die Vernichtung, immer größer wird das Elend der Völker. Soll denn dieses furchtbare Verbrechen gar kein Ende nehmen? Es hiesse an der Menschheit verzeihen, wenn sich gar kein Ausweg aus diesem Labyrinth finden sollte. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf. Wir wollen alle ehelichen Bemühungen, die auf einen Frieden der Verständigung abzielen, gleichwohl wacher sie kommen, mit Eifer unterstützen, und diese Bemühungen können auf die Dauer nicht erfolglos bleiben. In Deutschland ist es bereits gelungen, den Einfluß der amerikanischen Friedensfeinde zurückzudrängen. Sie sind zwar noch nicht verstummt, aber im Bewußtsein ihrer Schwäche beschränken sie sich auf tröstliche Schimpereien. Die Ausschaltung der Anneziionisten in Deutschland

ist ein Erfolg der von der sozialdemokratischen Partei betriebenen Friedenspolitik. Hoffen wir, daß auch die übrigen Völker die Kraft aufbringen, ihren Kriegsgeheimern das Handwerk zu legen. Für den Augenblick sind freilich die Aussichten für die baldige Beendigung des Krieges gering, aber trotzdem wollen wir die Hoffnung nicht sinken lassen. Es muß doch Friede werden!

Zur Beitragsfrage.

Aus den seitherigen Einsendungen dürfte zu erkennen sein, daß der Einführung von Staffelbeiträgen ernsthafte Bedenken wohl nicht mehr gegenüberstehen. Da während des Krieges wohl in einer ganzen Anzahl Orte, um die zeitweise in anderen Berufen arbeitenden Mitglieder dem Verband zu erhalten, verschiedene Beitragsklassen zur Einführung gelangten, so ist die so gefürchtete technische Schwierigkeit in der Hauptache wohl als überwunden anzusehen. Wenn auch bei Einführung von Staffelbeiträgen und demzufolge auch staffelmäßigen Leistungen sich technisch noch manches herausstellen wird, so kommt doch durch Ausschalten der lokalen Zuschläge bei den einzelnen Unterstützungszweigen wiederum manches in Wegfall, was seither in lokalem Interesse bei der Berechnung der Unterstiftungen in Geltung war. Zudem dürften die etwa zur Einführung gelangenden vier Beitragsklassen meist nur in den größeren Zahlstellen in Wirksamkeit treten, da wohl die meisten Zahlstellen mit zwei bzw. drei Beitragsklassen auskommen dürften. Daß das Ausschalten der lokalen Zuschläge zu den verschiedenen Unterstützungszweigen nur unter staffelmäßiger Ausgestaltung der Unterstiftungen entsprechend den Beitragsleistungen möglich ist, dürfte ohne weiteres klar sein.

Die Festsetzung der Beitragshöhe nach der Verdiensthöhe ist unerlässlich. Hoffentlich verschwinden dann auch die an sich berechtigten Klagen, daß z. B. die Korbmacher, welche dank der Unterstützung des Verbandes eine wesentliche Lohnaufbesserung erlangen konnten, meist, weil in kleinen Orten dominierend, auch nur die dort üblichen niedrigen Beiträge leisten. In das gleiche Gebiet gehört auch die Frage der Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder. Eine besondere Klasse für weibliche Mitglieder könnte hiernach auscheiden. Es ist auch nicht einzusehen, warum die weiblichen Mitglieder, welche gleichfalls durch das Eingreifen der Organisation wesentliche Lohnaufbesserungen erreicht haben, ohne daß dabei gerade die Arbeiterinnen dem Verband besonders die nötige Beachtung widmeten, in punkto Beitragsleistung bessergestellt sein sollen als die männlichen Mitglieder.

In einigen Einsendungen, meist aus kleinen Orten, ist die Frage der Rückvergütung an die Lokalkassen angeschnitten und empfohlen worden, den kleineren Zahlstellen eine Rückvergütung in verhältnismäßig doppelter Höhe zu gewähren wie den großen Zahlstellen. Ueber die Höhe der eventuellen Rückvergütung kann endgültig erst dann geredet werden, wenn die Aufgaben fest umrissen sind, welche die Hauptkassen den Lokalkassen abnimmt bzw. zuweist.

Von anderen Einsendern wird auch die Krankenunterstützung gewissermaßen als überwundener Standpunkt preisgegeben. Vor solchen Auffassungen ist entschieden zu warnen. Große Kreise der Mitglieder betrachten mit Recht die Krankenunterstützung als sehr wichtiges Agitationsmittel für den Verband, und namentlich die älteren Kollegen, welchen der Eintritt in andere Unterstützungseinrichtungen unmöglich ist, würden dadurch geschädigt, also mehr vom Verband abgestoßen. Es ist daher nachzuprüfen, inwieweit das Verschmelzen der Arbeitslosen mit der Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung auch geeignet ist, den Schwierigkeiten zu begegnen, welche in Aussicht stehen, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen etwa die Beschneidung des Krankengeldbezuges über eine gewisse Höhe hinaus eintreten dürfte. Daß zur Beratung und Beschlussfassung über die gesamte für den Verband und seine Zukunft so wichtige Materie ein Verbandstag zusammenzutreten hat, dürfte wohl außer Zweifel sein. Vielleicht könnte man, um weiten Kreisen der Mitgliedschaften eine Vertretung auf dem Verbandstag zu ermöglichen, das Wahlreglement aus jener Zeit in Kraft setzen, in welcher der Verband über die gleiche Mitgliederzahl verfügte wie heute: die zum Militär eingezogenen Mitglieder dürften natürlich nicht mit in Rechnung gestellt werden.

P. Ehrlich (Leipzig).

Die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung wird gewiß von keinem Kollegen ernstlich mehr bestritten werden. Die Teuerung wird auch nach Beendigung des Krieges noch anhalten, und da ist es verständlich, wenn die Kollegen bemüht sind, ihre Organisation so einzurichten, daß bei eventueller Arbeitslosigkeit, die nach dem Kriege ganz gewaltig einsetzen dürfte, auch höhere Unterstiftungen gezahlt werden können. Es sollte zwar Nicht des Staates sein, bei derartigen Fällen einzugreifen, aber es wird wohl noch lange dauern, ehe wir soweit sind; und da sind wir eben

gezwungen, uns durch unsere Organisation zu helfen. Der Vorstand wird nicht mehr drum herumkommen, zu Staffeltbeiträgen überzugehen, und das ist auch das einzig richtige. Manche ältere Kollegen lehnen dem Verband den Rücken, weil es ihnen zu schwerfällt, einen hohen Beitrag zu zahlen, und das würde noch mehr in Erscheinung treten, wenn ein Einheitsbeitrag von 1 Mk. oder höher festgesetzt wird.

Dem Vorschlag, den Grundbeitrag auf 60 Pf. festzulegen, könnte ich mich anschließen. Angebracht wäre es, wenn sich der Vorstand auch einmal aufrüstete ein klein wenig Sozialpolitik zu treiben. Erst jetzt ist bei uns bekanntgeworden, daß der Vorstand an Mitglieder, welche 25 Jahre dem Verband angehören, ein sog. Ehrendiplom überreichen läßt; es ist nun meine (und auch des größten Teils der hiesigen Kollegen) Ansicht, daß den Kollegen, welche solange dem Verband ihren Tribut zahlen, eher gedient ist, wenn ihnen ein Nachlaß von 20 bis 30 Pf. pro Woche bewilligt würde. Es sollte auch bedacht werden, daß viele alle Kollegen infolge Invaldität gezwungen sind, dem Verband den Rücken zu kehren, was vermieden würde, wenn man diesen Kollegen in der angebotenen Weise entgegenkäme. Im Gegensatz zu den Schlufausführungen des Kollegen W. Wagner in Nr. 25 will ich nur noch bemerken, daß es doch angebracht ist, die Erhöhung recht bald durchzuführen, denn es wird notwendig sein, daß wir gerüstet dastehen, wenn unsere Kollegen von dem Wältermorden heimkehren.

Mag Berche (Geringswalde).

Daß wir unsere Finanzen auf die Höhe der Zeit bringen müssen, wird wohl kein Kollege mehr bestreiten. Außerdem werden wir nach dem Kriege eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe zu bestehen haben, darauf deuten alle Anzeichen hin. Um diese Kämpfe siegreich zu bestehen, ist es nötig, unsere Rassen zu stärken. Wie nun die Erhöhung vor sich gehen soll, ist Sache der daheimgebliebenen Kollegen und des Verbandstages. Meines Erachtens wäre es angebracht, eine Staffeltung der Beiträge vorzunehmen, um den Kollegen in den kleineren Orten, die doch noch zum Teil schlecht bezahlt werden, den Anschluß an die Organisation zu erleichtern. Natürlich müßte der jetzige Grundbeitrag von 60 Pf. für die niedrigste Staffeltung beibehalten werden, gewöhnlich kommt noch ein Lokalbeitrag in Frage, und so wird die wöchentliche Beitragszahlung noch hoch genug. Kollegen in Orten mit höheren Löhnen können schon eher eine Erhöhung der Beiträge ertragen. Auch dürfte sich kein Kollege die Staffelt selbst wählen, der er angehören will, vielmehr muß da die Höhe des Lohnes maßgebend sein. Die Unterstützung ist dann ebenfalls nach den Beiträgen zu staffeln. Der Kranken- und der Arbeitslosenunterstützung will ich das Wort nicht reden. Diese Unterstützungen sind doch in Zukunft Sache des Staates und der Gemeinden. Dafür sollten sich die Gewerkschaften mehr als bisher interessieren. Vor allen Dingen heißt es, unseren Kampffonds stärken, das ist unser Rückgrat.

Paul Forkert (Goran), zurzeit im Felde.

Jedem, der weiß, was der Verband bezweckt, dem ist es auch klar, daß es ohne Erhöhung des Beitrages nicht mehr geht. Es muß auch bei uns eine Staffeltung der Beiträge eingeführt werden, so gut wie es verschiedene Löhne gibt. Wenn wir hohe Beiträge haben, dann fällt es manchem Kollegen schwer, dem Verband beizutreten. Das müssen die agitatorisch tätigen Mitglieder am besten wissen. Wir zahlen ja gern, heißt es immer, aber es ist zu teuer. Hätten wir mehrere Beitragsstufen, dann wäre die Agitation leichter. Auch möchte ich raten, sämtliche Unterstützungen zu erhöhen und keine weglassen zu lassen, wie es schon angeregt wurde. Auch die Krankenunterstützung muß bleiben; es sind viele Kollegen, die gerade auf diese Unterstützung Wert legen. Sie würden sich geschädigt fühlen, wenn die Krankenunterstützung aufgehoben würde. Zu wünschen wäre, daß der Hauptvorstand nun bald mit seiner Meinung auf der Bildfläche erscheint, und ich hoffe auch, daß er es bald zum Wohle der Kollegen und des Verbandes macht.

Johannes Gahlbach (Neuruppin), zurzeit im Felde.

Um eine Erhöhung der Beiträge werden wir wohl nicht herumkommen und ebensowenig um Staffeltbeiträge. Man sollte aber doch auch die kleinen Zahlstellen berücksichtigen, die so schon einen schweren Standpunkt haben. Die Kollegen in den größeren Zahlstellen sollten einmal einer Hausagitation beizutreten, dann beizutreten sie mal einen Einblick in die Verhältnisse einer zurückgebliebenen Zahlstelle. Kommen dann die erhöhten Beiträge, dann fällt der ganze Haufen in sich zusammen, an dem wir jahrelang gearbeitet haben. Solche zurückgebliebenen Orte bedeuten eine große Gefahr bei einer Lohnbewegung in den größeren Zahlstellen. Die Erfahrung hat ja gelehrt, daß wenn in Frankfurt, Höchst oder sonst einer großen Stadt die Arbeit niedergelegt wurde, dann waren schnell die Agenten zur Stelle und fanden auch immer genügend Arbeitswillige in Kreuznach und Umgebung. Das sollte doch den größeren Zahlstellen zu denken geben. So wie die Verhältnisse hier liegen, so sind sie auch anderswo. Die Kollegen in den größeren Städten sind eher in der Lage, einen höheren Beitrag zu zahlen, als die in den kleineren Zahlstellen. Man spricht immer von verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten; ich meine aber, diese Schwierigkeiten sind doch zu überwinden. Auch der Metallarbeiter-Verband hat Staffeltbeiträge eingeführt, und sie bewähren sich sehr gut. Das kann möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein. Wir müssen unter Hauptaugenmerk darauf richten, daß wir die Kollegen, die uns noch fernliegen, für den Verband gewinnen. Können dann die Kollegen in eine höhere Kategorie ein, so erhöht sich auch selbstverständlich der Verbandbeitrag. Die Abhaltung eines Verbandstages halte ich für überflüssig, da wir dabei sehr viel Geld sparen würden. Es würde genügen, Gasttage einzuführen, und dann können die Mitglieder durch Urabstimmung leicht ent-

Georg Triquart (Kreuznach).

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer ist der 85. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat August ist spätestens bis zum 2. September an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein. (Die Karten sind mit 7 1/2 Pfennigmarken zu frankieren.)

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 619380 Alwin Ritter, M.-A., geb. 27. 12. 82 zu Friemar.
- 627911 Frih Oriesel, Stöckarb., geb. 27. 6. 93 zu Ochshausen.
- 658716 Georg Sauer, Tschl., geb. 25. 5. 83 zu Wiesloch.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. In der letzten Generalversammlung erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Glöde, den Geschäftsbericht über das zweite Vierteljahr. Die Haupttätigkeit bestand darin, für die Kollegen die Teuerungszulagen und die Löhne zu verbessern. Der Erfolg hätte größer sein können, wenn die Kollegen mehr Mut gehabt hätten. Glöde kam am Schlusse seines Berichts auf den Antrag Wagner zurück, der in einer früheren Generalversammlung angenommen worden ist, wonach der Vorstand ersucht wird, die Beitragszahlung an die Generalkommission einzustellen, und die Ortsverwaltung verpflichtet wird, den auf die Verwaltungsstelle Berlin entfallenden Anteil der Beiträge des Vorstandes an die Generalkommission einzubehalten. Zu diesem Beschlusse hatte der Vorstand in einem Schreiben an die Ortsverwaltung erklärt, daß die Einbehaltung von Pflichtbeiträgen statutenwidrig ist und aus diesem Grunde nicht verwirklicht werden könne. Glöde bedauerte, daß es ihm damals infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr möglich gewesen sei, als Zahlstellenleiter sich zu dem Antrag Wagner zu äußern. Er empfahl dringend, den Beschluß rückgängig zu machen. Die Versammlung würde sich dabei nichts vergeben; den Kollegen bleibe es unbenommen, gegen Vorstand und Generalkommission Anträge zu stellen, wenn sie es für erforderlich halten, aber diese Anträge könnten doch nur auf Verbandstag und Gewerkschaftstongreß erledigt werden. Die demokratischen Einrichtungen des Verbandes und der Gewerkschaften ermöglichte es, nur solche Delegierte in diese Körperschaften zu entsenden, die das volle Vertrauen ihrer Kollegen haben. Mit der Aufrechterhaltung des Beschlusses wäre tatsächlich der Anlaß zur Spaltung gegeben. Die Kollegen Ulinski und Wagner traten diesen Ausführungen entgegen und ersuchten die Versammlung, unter allen Umständen an dem Beschluß festzuhalten. Ulinski beantragte, 1000 Mk. zurückzuhalten und für einen besonderen Zweck zu reservieren; er sprach von „allen ehrlichen Statutenwächtern“. In dem Schreiben des Vorstandes erklärte er eine Kampfansage, und er forderte die Berliner Holzarbeiter auf, den Kampf anzunehmen. Der Konflikt müsse ausgetragen werden, ganz gleich, was daraus werde. Nachdem sich gegen diese beiden Redner die Kollegen Schmidt, der Gauvorsitzer Stusche und mit besonderer Schärfe Kollege Glöde gewandt hatten, beschloß die Versammlung, den statutenwidrigen Teil des Beschlusses aufzuheben.

Berlin. (Möbelpolierer.) In der letzten Versammlung der Möbelpolierer und Beizer nahmen die Kollegen zur Beitragserrhöhung Stellung. Auf die Einleitung, die der Kollege Mitsche gab, folgte eine rege Aussprache. Einzelne Redner sprachen sich gegen jegliche Beitragserrhöhung aus. Der eine hielt die Zeit für unangeeignet, weil, wenn der Krieg zu Ende sei, eine mächtige Arbeitslosigkeit einsetze werde; dagegen meinte ein anderer, der Friede bringe uns Arbeit in Hülle und Fülle, weil ja doch alles abgenutzt und in Verfall geraten sei; somit hätte der Verband gar nicht soviel Geld nötig. Und ein dritter sagte der Beitragserrhöhung sogar eine schädigende Wirkung voraus, denn die Gelder würden am Ende doch wieder zur Erhöhung der Unterstützungssätze verwendet werden, und für die Beamtengehälter falle doch dabei auch höchstwahrscheinlich eine Kleinigkeit ab. Jedoch im allgemeinen herrschte der Wunsch vor, alle Mittel zur Stärkung des Kampffonds zu nützen und, wenn schon eine Beitragserrhöhung durchgeführt werde, den Klassenkampfscharakter mehr in den Vordergrund zu schieben. Kollege Mitsche suchte nachzuweisen, daß der Verband an seinem Kampfscharakter doch gar nichts einbüßen könne, weil er Unterstützung zahle. Und es sei recht oberflächlich gesehen und gar nicht durchdacht, wenn sich Kollegen hindrücken ließen und die Unterstützungseinrichtungen als einen Kampf bezeichneten, in dem der alte Kampfscharakter immer mehr verfinke. Es könne doch niemand mit Recht behaupten, die Verbandsleitung habe aus Mangel an Mitteln Bewegung verhindert oder gar abgebrochen, weil das Geld für Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbunterstützung usw. verbraucht wurde. Die Lohnkämpfe wurden doch stets solange fortgesetzt, bis sie mit Erfolg für die Beteiligten beendet werden konnten. Auch ist die andere Behauptung ganz unberechtigt, daß die vielfältigen Unterstützungen würden die Mitglieder einfließen, denn die Ausdauer bei Streiks und Ausperrungen in den letzten Jahrzehnten bewiesen das Gegenteil. Und im übrigen seien doch die Unterstützungen als wirksames Mittel gedacht, um die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernd aufrechtzuerhalten, indem der einzelne Kollege vor der drückendsten Not bewahrt bleibe. — Demnach lehnte die Versammlung einen Antrag mit Dreiviertelmehrheit ab, der sich gegen die Beitragserrhöhung aussprach.

Unsere Lohnbewegung.

Ein Lohnabkommen für die Säger in Württemberg.

Dem bayerischen Vorbild folgend, ist nunmehr auch für das Sägergewerbe in Württemberg eine Lohnvereinbarung getroffen worden. Die den Gegenstand betreffenden Abmachungen wurden im württembergischen Kriegsministerium getroffen, und dieses hat die vom 31. Juli datierte Vereinbarung an alle Arbeitgeber der Holzliefervereinigung für Speereszwecke in Württemberg und Hohenzollern mit dem Ersuchen um Nachachtung übermittelt. Die Vereinbarung ist unterzeichnet vom Hauptmann Groß als Vertreter des Kriegsministeriums, dem Gewerbeinspektor Oberbaurat Hochstetter als Vertreter der Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Als Vertreter der Arbeitgeber haben die Vereinbarungen unterzeichnet: Direktor Holzer in Firma Krauth u. Co. in Höfen a. E., Bau- und Oberin Firma Dampfzägewerk Mauser G. m. b. H. in Oberndorf a. N., Karl Blah in Firma Karl Blah in Saulgau und Georg Scheidel in Firma Speer u. Scheidel in Crailsheim. Schließlich ist die Vereinbarung von unserem Gauvorsitzer Gottfried namens des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes als Vertreter der Arbeiter unterzeichnet.

Die Vereinbarung lehnt sich inhaltlich eng an das bayerische Vorbild; sie unterscheidet sich von diesem in wesentlichen dadurch, daß sie nur vier Lohnklassen vorstellt. Die fünfte (niedrigste) Klasse des bayerischen Sägertarifs ist weggefallen. Die Lohnvereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1. Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben der Holzliefervereinigung werden in 4 Sparten eingeteilt; für jede Sparte werden 4 Lohnklassen nach Ziff. 2 gebildet.

Klasse	Mindeststundenlohn in Pfennig	
	1. Klasse	2. Klasse
a) für Gatter-, Bauholz-, Kreis- u. Spaltfäher	75/70/65/60	60/55/50/45
b) „ alle übrigen Säger u. Maschinenarbeiter	70/65/60/55	55/50/45/40
c) „ Hilfsarbeiter im Werke u. auf dem Plage	65/60/55/50	50/45/40/35
d) „ Arbeiterinnen über 18 Jahre	60/45/40/35	45/30/25/20
e) „ Arbeiter von 16 bis 18 Jahren	45/40/35/30	30/25/20/15
f) „ Arbeiterinnen von 18 bis 18 Jahren	40/35/30/25	25/20/15/10

3. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung. — Arbeiter und Arbeiterinnen, die in ihrer Arbeitsleistung beschränkt sind, erhalten eine ihrer Leistung entsprechende Bezahlung. Bei Meinungsverschiedenheiten wird der Arbeiterausschuß, wo ein solcher besteht, hinzugezogen.
4. Vorstehende Löhne haben für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, gleichgültig, ob sie in Lohn oder Akkord arbeiten, Geltung; höhere Verdienste werden jedoch durch sie nicht berührt.

Bei Maschinenarbeitern gilt die Voraussetzung, daß sie ihre Maschinen sachgemäß bedienen können.

Wenn die Maschinen während der Arbeitspausen in Betrieb bleiben, wird den sie bedienenden Arbeitern die Zeit für die Pausen bezahlt.

5. Der Stundenverdienst muß einschließlich Teuerungszulagen und aller sonstigen Bezüge die in Ziff. 2 angegebene Höhe erreichen.
6. Für die Klasseneinteilung ist der Ort des Betriebes maßgebend. Die Einteilung der Orte in 4 Klassen ist im Anhang niedergelegt.
7. Im Laufe des Jahres — etwa im Oktober — wird eine weitere Beratung stattfinden, um allenfalls zutrage getretene Unfinnigkeiten auszugleichen.
8. Die Vereinbarung tritt mit dem 15. August 1917 in Kraft; sie gilt für die Kriegsdauer, mindestens aber bis 1. April 1918.
9. Die Vereinbarung wird vom Kriegsministerium, Abteilung Weka, allen Mitgliedern der Holzliefervereinigung mit dem Ersuchen um Nachachtung überfandt.

Zur Klasse I gehören Groß-Stuttgart sowie die in nächster Nähe gelegenen Orte Feuerbach und Polnang. Der Klasse II ist eine größere Zahl von Orten zugewiesen, der Rest verteilt sich auf die beiden letzten Klassen.

Für die meist sehr schlecht entlohnerten Arbeiter in den württembergischen Sägewerken bedeutet diese Lohnvereinbarung eine recht ansehnliche Verbesserung ihrer Lohnbezüge. Notwendig ist es allerdings, daß sie energisch dafür eintreten, daß ihnen das, was ihnen zusteht, auch gewährt wird. Die Organe des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes werden natürlich, soweit es in ihrer Macht liegt, über die Einhaltung der Vereinbarung wachen, aber die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Sägewerken müssen, soweit das noch nicht der Fall ist, Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes werden, um die ihren Interessen dienenden Bemühungen der Organisation zu unterstützen.

Eine Lohnbewegung auf den Schiffswerften.

Das „Hamburger Echo“ bringt einen längeren Bericht über eine am 20. August in Hamburg abgehaltene Konferenz der Werftarbeiter, in welcher der Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Koch, über den bisherigen Verlauf der Bewegung berichtete. Einzelverhandlungen hätten die Werksführer abgelehnt, vielmehr den Industriellenverband beauftragt, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Solche Verhandlungen haben am 10. August stattgefunden, und ihnen lagen die Forderungen zugrunde, die von den Werftarbeitern in Einsparungen, Begegnung, Rostock, Flensburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und Kiel gestellt wurden. Die Vertreter der Werften lehnten eine Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich ab, ebensowenig wollten sie von Teuerungszulagen und Erhöhung der Zulagen für die Arbeiter etwas wissen, die einen doppelten Hausstand haben. Auch in bezug auf Akkord-

Gewerkschaftliches.

Minierarbeit.

Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, will der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“...

Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man die Herausgabe der „Sozialdemokratischen Gewerkschaftsbücherei“ als ein Werk der „Unabhängigen“ ansieht...

Die gleiche Forderung in etwas abgeänderter Fassung hat bei jener Gelegenheit die unter dem gleichen Dach mit den „Unabhängigen“ wohnende Spartakusgruppe erhoben...

Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Zusammenfassung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder.

Dieser Gesichtspunkt ist für die „unabhängigen“ Sozialdemokraten maßgebend. Hat doch ihr Vorsitzender, Rechtsanwalt Haase, auf der Gründungskonferenz in Gotha von den Gewerkschaften erklärt:

„Sie werden beherrscht von einer engbrüstigen Bürokratie, die nach kleinen Vorteilen hascht und eine Rechnung mit Pfennigen führt. Die kleinen Vorteile werden dann über Gebühr aufgebauht.“

Von dem so skizzierten Standpunkt aus will die „Sozialdemokratische Gewerkschaftsbücherei“ den Gewerkschaften zu Leibe gehen, und nach dieser Methode ist auch das erste Heft dieser Bücherei verfaßt, das Paul Lange unter dem Titel „Die Neuorientierung der Gewerkschaften“ herausgegeben hat.

„Kritische Gewerkschaftsbücherei“ dienen soll, ist darauf gerichtet, die Gewerkschaften auszuheilen. Das Vertrauen zu den aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Gewerkschaftsführern soll erschüttert, die Disziplin in den Gewerkschaften untergraben werden.

Die „Gewerkschaftsinstanzen“ sind den „Instanzen“ der Unabhängigen unheimlich. Sie führen eine „Rechnung mit Pfennigen“. In zähem, unablässigem Kampf zwingen sie die Unternehmer, die Löhne der Arbeiter um Pfennige und Groschen zu erhöhen.

Der Verfasser der Broschüre behandelt zunächst den sogenannten „Burgfrieden“, den er natürlich den Gewerkschaften böse antreibt. Auch wir geben zu, daß mit dem Burgfrieden viel Unheil getrieben wurde; aber wenn man Stimmen aus den ersten Monaten des Krieges zitiert, dann hätte es für den Verfasser der Broschüre besonders nahegelegen, die „Leipziger Volkszeitung“ und andere, später „unabhängig“ gewordene Mütter daraufhin durchzugehen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß während des Krieges die Kapitalgewinne stärker gestiegen sind als die Arbeiterlöhne; in sehr vielen Fällen haben auch die Löhne nicht gleichen Schritt gehalten mit den ungeheuer gestiegenen Lebensmittelpreisen.

Wie auszugehen hat der Verfasser an der sogenannten „Gemeinschaftsarbeit“. Wir stimmen ihm bei in der Auffassung, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, den privatkapitalistischen Betriebsinhabern auf die Dauer einen Profit zu sichern.

für die Gewerkschaften gegebene Taktik. Wenn Ihnen auch die politischen Zustände nicht gleichgültig sind, so ist Ihre Tätigkeit doch ausschließlich darauf gerichtet, die jeweilige wirtschaftliche Lage der Arbeiter so günstig wie möglich zu gestalten.

Wir können nicht auf alle Punkte eingehen, in denen der Apostel der Neuorientierung die Tätigkeit der Gewerkschaften kritisiert; nur ein paar Worte über die Stellung der Gewerkschaften zu der Neuorientierung des Vereinsgesetzes und dem Hilfsdienstgesetz. Es ist sehr leicht, Kritik zu üben, wenn man das Drum und Dran außer Betracht läßt.

Wesentlich lag es beim Hilfsdienstgesetz. Den Zweck, den die Regierung mit diesem Gesetz verfolgte, hätte sie unter allen Umständen erreicht. Hätten sich die Arbeitervertreter darauf beschränkt, das Gesetz zu bekämpfen, dann hätten sie wohl Gelegenheit gefunden, einige schneidige Reden zu halten, die Arbeiter wären aber dann schwer geschädigt gewesen, weil es den das Gesetz grundsätzlich ablehnenden Arbeitervertretern nicht möglich gewesen wäre, die Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen, die auf ihre Drängen angenommen wurden.

Die sozial verärgerten Gewerkschaftsführer und insbesondere die Leiter unserer Deutschen Holzarbeiter-Verbandes haben sich eben nicht in den Schmollwinkel gestellt und geschimpft, weil nicht alles so ging, wie sie gewünscht hatten. Sie haben tatkräftig Hand angelegt und sich bemüht, dem unsympathischen Hilfsdienstgesetz die besten Seiten abzugewinnen.

Was die vorliegende Broschüre anlangt, so fällt es uns keineswegs ein, alles, was in den Gewerkschaften und durch die Gewerkschaftsführer geschieht, als gut und über jeder Kritik erhaben zu finden. Es wird überall mit Wasser gekocht, und niemand ist fehlerfrei. Kritik ist mitunter notwendig, und sie wirkt nützlich, wenn sie den Zweck verfolgt, der Sache zu dienen.

Geforderte Mitglieder.

- Karl Rühgel, 41 J., gest. in Cöpenick. Emil Holz, Tischler, 53 J., gest. in Halle. Heinrich Helmers, Holzarbeiter, 50 J., gest. in Burgdamm. Leonhard Gräter, Holzarbeiter, 64 J., gest. in Stuttgart. Max Ziegler, Klaviermacher, 66 J., gest. in Esslingen. Gottlob Schrenk, Schreiner, 58 J., gest. in Stuttgart. Karl Serzer, Schreiner, 47 J., gest. in Esslingen. Friedrich Bentler, Tischler, 57 J., gest. in Gr.-Lichterfelde. Hermann Kedecker, gest. in Bünde in Westfalen. Joh. Manninga, gest. in Norden. Alexander Balther, Hilfsarbeiter, 61 J., gest. in Pirna. Emil Hammer, Schiffbauer, 53 J., gest. in Pirna. Hermann Henschel, Schiffbauer, 72 J., gest. in Pirna. Karl Krause, Rajonarbeiter, gest. in Schmieding. Robert Grieser, Drechsler, gest. in Schmieding. Max Enke, Knopfmacher, 54 J., gest. in Schmieding. Carl Schwarz, 56 J., gest. in Rammheim. Wilhelm Semmer, Modellstecher, 55 J., gest. in Leipzig. Emma Hamann, Polsterer, 65 J., gest. in Leipzig. Carl Stiefel, Tischler, 41 J., gest. in Leipzig. Edmund Gebhardt, Tischler, 62 J., gest. in Leipzig. Franz Heile, Tischler, 35 J., gest. in Leipzig. Hermann Deebbar, Tischler, 25 J., gest. in Leipzig. Ihre Ehren-Vertrauten.

Wilhelm Zickelbein, Tischler, geboren zu...

Tischler auf eichenholz-furnierte Möbel sowie auf feine, polierte Möbel. W. Schmidt & Sohn, Hamburg, Stiftstraße 96.

Nüchtiger Tischler gesucht!

Fried. Sparr, Tischlermeister, Jena (Thüringen), Grietastraße 10.

Tischler stellt ein

Karl Hess, Ilmenau i. Thür. Bilderrahmen-Schreiner für bessere Arbeit gesucht. Hugo Schön, Rumböhlig., Mannheim.

Feiler und Schleifer

auf Holzdrummsäge verlangt Ludwig & Co., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 92.

Nüchtige Stuhlbauer u. -polierer

finden Arbeit. Deutsche Stuhlwerke, Geringswalde-Hilmsdorf (Sachsen).

Stuhl- und Geißelbauer, Tischler

sofort gesucht. Meldungen an: Erzgebirgische Holzindustrie, Arbeitervereinsrat, Brand-Erbisdorf bei Freiberg (Sachsen).

Nüchtige Korbmacher und angeleitete

Frauen für Her ganz aus Weide, für Drillingsgestelle und 21-cm-Langgranatenkörbe sucht Theodor Reimann, Dresden-N., Königsstr. 3.

20 Korbmacher für Her und Drillingsgestelle

sucht sofort Max Foppel, Dresden-N., Köhlerstraße 4.

20-25 Korbmacher

auf Her und 9-cm-Körbe sucht Michael Samert, Reichenburg a. d. Saube (Sachsen).

Korbmacher für Instandsetzung von

Geschloßkörben finden Beschäftigung. S. Sato, Breslau, Dorwerfstr. 10a.

Fächermacherinnen für Her. Körbe

sucht Otto Rödel, Berlin W., Zietenstraße 14.

Ich suche Stellung für meinen 19-jährigen

Bruder, einem erfahrenen Möbelschreiner, der auch mit Pferden umzugehen versteht, in einem Betriebe, in dem für die Kriegsindustrie gearbeitet wird. Auktionator Bujshorn, Paderborn, Königsstr. 74.

Tischlerfachschule Detmold

Eigenes Schulgebäude Lagerstraße 94. Kurzfristige Ausbildungskurse. Kriegsbeschädigte wenden sich wegen der Kosten der Ausbildung an ihre Fürsorgestellen. Bestellungen auf Zeichnungen jeder Art werden angenommen. Auskunft und Prospekt durch die Direktion B. Koltcher.

Nüchtigen Bürstenmacher

auf Fachen und Einziehen sucht August Weizler, Leutkirch (Württemberg).

Wir empfehlen folgende neue Broschüre unfreeverlags: Der Reichstarif für Geschloßkörbe

Berichte über die Verhandlungen zum Abschluß des Tarifs

Inhalt: Vorwort, Verhandlungsbericht über die Konferenz der Korbmacher am 17. Juni 1917, Niederschrift der Verhandlungen im Kriegsausschuss in Berlin am 6. und 18. Juni 1917, Wortlaut des neuen Tarifvertrags, Nachwort.

Der Preis der 48 Seiten starken Broschüre beträgt im Buchhandel 1 Mk., Verbandsmitglieder können sie durch die Ortsverwaltungen für 30 Pf. beziehen. Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes S. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bereitet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 18. August, bis Freitag, 24. August 1917.

A = Im Laufe der Woche besuchte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with columns: Ort, Bauarbeiter, Möbelschreiner, Karrenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Cöln, Chemnitz, Eisenburg, Jork, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, and Zusammen.

NB. Unter Nüchtigkeit sind verpflichtet nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.